

Antrag

der Abgeordneten Birgit Homburger, Elke Hoff, Dr. Rainer Stinner, Dr. Karl Addicks, Christian Ahrendt, Uwe Barth, Rainer Brüderle, Angelika Brunkhorst, Ernst Burgbacher, Mechthild Dyckmans, Jörg van Essen, Paul K. Friedhoff, Horst Friedrich (Bayreuth), Dr. Edmund Peter Geisen, Hans-Michael Goldmann, Miriam Gruß, Joachim Günther (Plauen), Dr. Christel Happach-Kasan, Heinz-Peter Haustein, Dr. Werner Hoyer, Michael Kauch, Hellmut Königshaus, Dr. Heinrich L. Kolb, Gudrun Kopp, Jürgen Koppelin, Heinz Lanfermann, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Ina Lenke, Michael Link (Heilbronn), Patrick Meinhardt, Jan Mücke, Burkhardt Müller-Sönksen, Dirk Niebel, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Cornelia Pieper, Jörg Rohde, Marina Schuster, Dr. Max Stadler, Carl-Ludwig Thiele, Florian Toncar, Christoph Waitz, Dr. Volker Wissing, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Martin Zeil, Dr. Guido Westerwelle und der Fraktion der FDP

Unverzügliche Erhöhung des Wehrsoldes

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Eine Demokratie braucht Streitkräfte, wenn sie Freiheit verwirklichen und schützen will. Die Bundeswehr wurde 1955 als Wehrpflichtarmee aufgestellt, um uns und unsere Gesellschaft in ihrer freiheitlichen Verfassung in den Grenzen unseres Landes bei Bedarf verteidigen zu können und um im Bündnisgebiet Beistand zu leisten, wenn dies zur kollektiven Verteidigung oder im Rahmen der Krisenbewältigung durch NATO oder WEU nötig geworden wäre.

Mit der Vereinigung 1990 ist die internationale Verantwortung Deutschlands gewachsen. Deutschland braucht zum einen weiterhin leistungsfähige Streitkräfte, die für unser Land Frieden und Freiheit sichern. Zum anderen müssen sie aber auch im Bündnisrahmen zur Krisenreaktion fähig sein und für die Völkergemeinschaft zur Verfügung stehen, wenn das politisch so entschieden wird.

Die Bundeswehr ist fest in Staat und Gesellschaft verwurzelt. Ihr Leitbild ist der Staatsbürger in Uniform. Sie genießt großen Rückhalt bei den Menschen unseres Landes. Ihre Einsatzbereitschaft und ihr Ausbildungsstand finden hohe internationale Anerkennung. Persönliche Freiheit, Menschenwürde und Recht sind die Fundamente ihrer inneren Verfassung und bestimmen ihren Auftrag seit ihrer Gründung.

Die Bundeswehr musste sich auf vielfältige neue Aufgaben einstellen. Ungeachtet der Organisationsform der Streitkräfte gestalten sich die erforderlichen Anpassungen und Umgliederungen mitunter sehr schwierig. Sie verlangen von allen Beteiligten große Flexibilität und Opferbereitschaft. Die Angehörigen der

Bundeswehr haben bisher alle ihnen gestellten Herausforderungen trotzdem mit Erfolg bewältigt.

Während diese erbrachten Leistungen bei den Zeit- und Berufssoldateninnen und -soldaten zumindest durch wiederholte Gehaltserhöhungen im Rahmen der Beamtenbesoldung anerkannt wurden, blieb die Höhe des Wehrsoldes der Grundwehrdienstleistenden seit dem 1. Januar 1999 unverändert. So erhält der Grenadier seit nunmehr achteinhalb Jahren einen Tagessold von nur 7,41 Euro. Dieser Zustand ist unverantwortlich und widerspricht der Fürsorgepflicht des Dienstherrn in eklatanter Weise. Eine Erhöhung des Wehrsoldes um einen Euro pro Tag würde den Einzelplan 14 lediglich mit 0,075 Prozent oder rund 21 Mio. Euro belasten. Es ist nicht nachvollziehbar, dass die Mehrheit der Mitglieder des Deutschen Bundestages zwar einerseits unverändert für die Beibehaltung der Allgemeinen Wehrpflicht votiert, andererseits aber nicht gleichzeitig die zwingend notwendige unverzügliche angemessene Erhöhung des Wehrsoldes fordert.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
den Wehrsold für alle Grundwehrdienst leistenden Soldaten umgehend um
2 Euro pro Tag zu erhöhen.

Berlin, 3. Juli 2007

Dr. Guido Westerwelle und Fraktion